

POLITISCHER BERICHT TÜRKEI

ÜBERSICHT

- **Die Situation in der Türkei vor den Präsidentschaftswahlen**
- **Umfrage über Einstellungen der türkischen Gesellschaft**
- **Info-Mail**

Die Situation in der Türkei vor den Präsidentschaftswahlen

Auch knapp eine Woche vor den am 16. April 2007 beginnenden Präsidentschaftswahlen in der Türkei können keine klaren Voraussagen über deren möglichen Ausgang gemacht werden. Die siebenjährige Amtszeit von Staatspräsident **Ahmet Necdet Sezer** endet fristgemäß am 16. Mai 2007. Schon seit geraumer Zeit wird in der türkischen Öffentlichkeit und den Medien darüber gestritten, ob Ministerpräsident **Recep Tayyip Erdoğan** als Nachfolger für das höchste Staatsamt kandidieren sollte und welche Auswirkung dies sowohl auf die innenpolitische Entwicklung als auch auf das Ergebnis der im November anstehenden Parlamentswahlen haben könnte. Die oppositionelle Republikanische Volkspartei CHP versucht seit Monaten, mit einer intensiven Anti-Erdoğan-Kampagne dessen Kandidatur zu verhindern. Sie warnt davor, dass mit der Wahl **Erdoğan's** zum Präsidenten das innenpolitisch sensible Kräfteverhältnis in der Türkei gestört werden könnte, weil dann die Ämter des Staatspräsidenten, Ministerpräsidenten und Parlamentspräsidenten von Mitgliedern der gleichen Partei (Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung – **AKP**) besetzt würden. Darüber hinaus wird die Frage nach der Legitimität einer solchen Wahl aufgeworfen, da die derzeitige absolute Mehrheit der regierenden AKP im Parlament lediglich dem Votum von 1/3 der türkischen Wähler entspräche. Sie fordert einen Kandidaten des „*nationalen Kompromisses*“, der von allen Parteien und politischen Akteuren - und dazu zählt insbesondere auch die Armee - akzeptiert werden könne.

Ministerpräsident **Erdoğan** hatte angekündigt, die Kandidatenkür der AKP sehr zeitnah zum Wahltermin bekannt geben zu wollen. Die Aufstellung eines Kandidaten würde nach Konsultationen in den Parteigremien, der Fraktion, den regionalen Organisationen und der Beratung mit Experten und Vertretern der Zivilgesellschaft erfolgen. Die Entscheidung werde dann nach einer Vorstandssitzung am 18. April verkündet. Es sei unbestritten,



„dass die Wahl des Präsidenten mit einer sensiblen Strategie und Taktik durchgeführt werden muss und die Demokratie und die Wirtschaft des Landes keiner Gefahr ausgesetzt werden darf“, so **Erdoğan** in türkischen Medien.

Obwohl der Termin der für die Türkei richtungweisenden Wahl kurz bevorsteht, gibt es bislang keine klaren Indizien für ein mögliches Ergebnis. Sicher ist, dass die AKP mit ihrer Mehrheit im Parlament ihren Kandidaten durchbringen wird. Im Nachfolgenden werden deshalb kurz das Wahlrecht, die Kompetenzen und der Bedeutung des Präsidentenamts sowie die Stimmungslage in der türkischen Bevölkerung dargestellt.

Artikel 102 der türkischen Verfassung bestimmt den zeitlichen Ablauf der Präsidentschaftswahl folgendermaßen: 30 Tage vor Ende der regulären Amtszeit des bisherigen Präsidenten beginnt die Wahl des Nachfolgers. In den ersten 10 Tagen werden die Kandidaten aufgestellt und die darauffolgenden 20 Tage sind für die Wahlgänge im türkischen Parlament vorgesehen. Einzige Ausnahme ist, wenn durch Ableben oder Rücktritt das Präsidentenamt vorzeitig vakant wird, dann beginnt der Wahlprozess nach 10 Tagen. Jeder Abgeordnete kann prinzipiell selbst kandidieren, wobei die Parteien und Fraktionen sich normalerweise auf ihren Kandidaten einigen. Per Antrag kann sich ein Kandidat auch von außerhalb des Parlaments aufstellen lassen, dafür braucht er allerdings die schriftliche Unterstützung von mindestens einem Fünftel der Abgeordneten (110 Abgeordnete). Der aktuelle Amtsinhaber **Ahmet Necdet Sezer** ist selbst vor sieben Jahren von der damaligen Regierung **Ecevit/Bahçeli/Yılmaz** als außerparlamentarischer Kandidat nominiert worden. Bei der bevorstehenden Wahl ist aufgrund der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse sehr wahrscheinlich, dass nur ein AKP-Kandidat benannt wird. Die Oppositionspartei CHP hat verkündet, keinen eigenen Kandidaten ins Rennen schicken zu wollen, auch von anderen Parteien sind bislang keine Kandidaten bekannt. Vielleicht gibt es dann noch den einen oder anderen Parteilosen, der sich selbst vorschlägt. Präsident kann in der Türkei prinzipiell jeder Bürger werden, der das vierzigste Lebensjahr vollendet hat, einen Hochschulabschluss vorweisen kann und Abgeordneter ist, bzw. als außerparlamentarischer Kandidat die Kriterien für das Abgeordnetenmandat erfüllt.

Der Präsident wird einmalig für die Dauer von sieben Jahren von der Großen Türkischen Nationalversammlung in geheimer Wahl gewählt. In den ersten beiden Wahlgängen ist eine 2/3 Mehrheit (367 von 550 Abgeordneten) erforderlich. Im dritten Wahlgang reicht dann eine einfache Mehrheit aus und sollte auch hier kein Präsident gewählt werden können, wird in einer Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen entschieden. Zwischen den einzelnen Wahlgängen müssen mindestens jeweils drei Tage liegen. Wenn innerhalb der vorgeschriebenen 30 Tage kein Präsident gewählt worden sein sollte, löst sich das Parlament auf und es kommt zu Neuwahlen.

Verfassung und Geschäftsordnung des Parlaments bestimmen, dass das Parlament mit mindestens 1/3 aller Abgeordneten beschlussfähig ist, also mit 184 Abgeordneten. Die AKP kann deshalb mit der Mehrheit von aktuell 354 Abgeordneten ihren Kandidaten im dritten Wahlgang bequem durchbringen. Die CHP behauptet jedoch – mit Berufung auf die Meinung einiger Verfassungsrechtler – dass für die ersten beiden Wahlgänge die Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln (also 367) der Abgeordneten erforderlich ist, damit die Wahl gültig ist. Sollte die Opposition – wie angekündigt – bei der Abstimmung abwesend sein, könne die AKP mit ihren Abgeordneten keine gültige Wahl durchführen, so die Argumentation. Falls die AKP dennoch ihren Kandidaten wählt, droht die CHP mit



einer Klage vorm Verfassungsgericht zwecks Annullierung der Wahl. Vor wenigen Tagen wurde die Position der CHP vom stark kemalistisch geprägten türkischen Hochschulrat (**YÖK**) unterstützt. Obwohl diese Auslegung rechtlich sehr umstritten ist, führt die AKP wohl Gespräche mit anderen Parteien und einzelnen Parlamentariern, um eine Anwesenheit von mehr als 2/3 der Abgeordneten bei den ersten beiden Wahlgängen sicherzustellen und damit unnötige Diskussionen von vorneherein zu vermeiden.

Die Auswahl des Kandidaten kann auf den zeitlichen Ablauf der Parlamentsabstimmung Auswirkung haben. Sollte die AKP einen Kandidaten benennen, der den Kriterien des „nationalen Kompromisses“ entspricht, könnte mit den Stimmen der Opposition ein neuer Präsident schon bis Ende April gewählt werden. Sollte **Erdoğan** selbst kandidieren und die Opposition bleibt dann wie angekündigt den Abstimmungen fern, reichen die Stimmen der AKP erst im dritten Wahlgang aus und der neue Präsident wird zum Ende der ersten Maiwoche gewählt sein.

Die Bedeutung, die der türkischen Präsidentschaftswahl beigemessen wird, resultiert einerseits aus der politisch-historischen Symbolik des Präsidentenamts und andererseits aus den relativ weit reichenden Vollmachten des Staatsoberhauptes, die in die Exekutive, Legislative und Judikative hineinreichen.

Zum ersten Präsidenten der Republik Türkei wurde der Staatsgründer **Mustafa Kemal (Atatürk)** gewählt und das Präsidentenamt wird seitdem als Garant und Bollwerk der kemalistischen Reformen, insbesondere des Laizismus, verstanden. Traditionell waren die Wahlen zum Staatspräsidentenamt seit 1923 immer von großen politischen Diskussionen und Auseinandersetzungen begleitet. **Mustafa Kemal (Atatürk)** selbst ließ sich am 29. Oktober 1923 zum ersten Staatspräsidenten der am gleichen Tag ausgerufenen Republik Türkei wählen, zu einem Zeitpunkt, zu dem seine ärgsten Widersacher und politischen Gegner außerhalb Ankaras weilten. Sein Nachfolger im Präsidentenamt, **Ismet (Inönü)**, sollte angeblich vor der Wahl in einem Komplott des damaligen türkischen Innenministers in Istanbul durch einen Anschlag verhindert werden. Die ersten sieben Präsidenten (**Mustafa Kemal Atatürk, Ismet Inönü, Celal Bayar, Cemal Gürsel, Cevdet Sunay, Fahri Korutürk** und **Kenan Evren**) waren alle in der Armee oder im Unabhängigkeitskampf verwurzelt. Mit **Turgut Özal** wurde der erste „Zivilist“ 1989 zum Präsidenten gewählt, gefolgt von **Süleyman Demirel** und **Ahmet Necdet Sezer**. Die symbolische Bedeutung des Präsidentenamtes wird vor allem mit der Fortführung des politischen Vermächnisses von Atatürk und der Garantie des laizistischen republikanischen Charakters der Türkei verbunden.

Daneben stehen aber die Kompetenzen und Gestaltungsmöglichkeiten des Präsidenten. Artikel 104 der türkischen Verfassung erläutert ausführlich die Aufgaben des türkischen Staatsoberhauptes. Der türkische Präsident ist der oberste Vertreter des türkischen Staates und er repräsentiert die Republik Türkei und die Einheit des türkischen Volkes. Er ist der oberste Verfassungshüter und überwacht die ordentliche und harmonische Zusammenarbeit der einzelnen Staatsorgane. Im Einzelnen werden dann die Kompetenzen aufgelistet, die Elemente aller drei Gewalten beinhalten. Bei den **legislativen Aufgaben** sind dies die Eröffnung des parlamentarischen Sitzungsjahrs und die Möglichkeit der Anordnung von Parlamentsitzungen bei Dringlichkeit. Ferner veröffentlicht der Präsident die Gesetze im Staatsanzeiger und kann von seinem Vetorecht Gebrauch machen, bei Verfassungsänderungen kann er ein Plebiszit



veranlassen oder das Verfassungsgericht anrufen. Ferner kann er das Parlament auflösen und Neuwahlen ausrufen.

Exekutive Aufgaben und Kompetenzen: Der Präsident ernennt den Ministerpräsidenten und nimmt seinen Rücktritt entgegen, auf Vorschlag des Ministerpräsidenten ernennt und entlässt er die Minister. Bei Dringlichkeit, kann er das Kabinett einbestellen und den Vorsitz der Kabinettsitzung führen. Dabei kann er den Ausnahmezustand ausrufen und Kabinettsbeschlüsse mit Gesetzeskraft erlassen. Der Präsident entsendet Vertreter des türkischen Staates ins Ausland und empfängt Vertreter ausländischer Staaten in der Türkei. Bei internationalen Abkommen existiert eine präsidentiale Zustimmungspflicht, bevor er diese im Staatsanzeiger veröffentlicht. Er vertritt im Namen des türkischen Parlaments den Obersten Befehlshaber der türkischen Armee und er entscheidet über den Einsatz der Streitkräfte. Er ernennt den Generalstabschef, ordnet die Sitzungen des Nationalen Sicherheitsrates an und führt dort den Vorsitz. Er kann Gefangene aus Alters- oder Krankheitsgründen teilweise oder vollständig amnestieren. Er ernennt die Mitglieder und den Vorsitzenden des Staatlichen Kontrollrates und beauftragt diesen. Er wählt die Mitglieder des Hochschulrates aus und ernennt die Universitätsrektoren.

Im Bereich der **Judikative** sind folgende Aufgaben zu nennen: Der Präsident ernennt $\frac{1}{4}$ der Mitglieder des Türkischen Verfassungsgerichts (**Anayasa Mahkemesi**) und des Oberverwaltungsgerichts (**Danıştay**). Er ernennt den Oberstaatsanwalt der Republik des Kassationsgerichtshofes (**Yargıtay Cumhuriyet Başsavcısı**) und seinen Stellvertreter, die Mitglieder des Hohen Militärgerichts (**Yüksek Askeri Mahkemesi**) und die Mitglieder des Hohen Rates der Staatsanwälte und Richter (**Hakimler ve Savcılar Yüksek Kurulu**). Ferner muss er Generaldirektoren und hohe Bürokraten aller wichtigen staatlichen Institutionen bestätigen.

Somit ist die herausgehobene Stellung des Präsidenten im politischen System der Türkei deutlich und auch das Bestreben eines jeden Politikers verständlich, der dieses Amt als Höhepunkt seines politischen Lebens anvisiert. Premier **Erdoğan** werden Ambitionen für das höchste Staatsamt zugeschrieben. Bei seiner Entscheidung muss er allerdings auch Argumente in Betracht ziehen, die gegen eine Kandidatur sprechen: Der starke Widerstand der laizistisch-kemalistischen Kräfte in der Opposition, der Armee und in der Staatsbürokratie sowie die zurückhaltende Einstellung der Bevölkerung, die sich **Erdoğan** eher als Premierminister (je nach Umfragen 50-70%) wünschen. Hinzu kommt die in der AKP verbreitete Sorge, dass die AKP nach dem Ausscheiden **Erdoğan's** als Wahlkämpfer bei den Parlamentswahlen nicht mehr eine ausreichende Mehrheit bekommt, bzw. dass es in der Partei nach den Wahlen zu Diadochenkämpfen und Spaltungsprozessen kommen könnte.

Umfrage über Einstellungen der türkischen Gesellschaft

Die Forschungsagentur **KONDA** hat für die türkische Tageszeitung Milliyet eine Untersuchung zur gesellschaftlichen Struktur mit dem Titel „**Wer sind wir (Biz Kimiz)**“ durchgeführt. Die repräsentative Befragung von ca. 48.000 Menschen in 79 von 81 Provinzen ist die umfangreichste Untersuchung, die bislang in der Türkei in diesem Bereich durchgeführt worden ist. Sie liefert Aussagen zu politischen, religiösen und kulturellen Einstellungen der Bevölkerung. Die beiden Autoren **Tarhan Erdem** und **Bekir Ağirdir** erläutern in der Einleitung zu der Untersuchung, die vom 19.-26. März in der Tageszeitung **Milliyet** abgedruckt wurde (unter http://www.konda.com.tr/html/ttya_tr.pdf in



der türkischen Fassung im Internet) ihre persönlichen Motivationsgründe. Man wollte ein möglichst objektives Gesamtbild der türkischen Gesellschaft und ihrer ethnischen und religiösen Identitäten aufzeigen. Unter anderem wollte man auch die Frage beantworten, wie viele Menschen in der Türkei sich tatsächlich als Kurden bezeichnen und ob die Angaben von 15-20 Mio. im EU-Fortschrittsbericht 2004 oder von 25 Mio. Kurden des DTP-Vorsitzenden **Ahmet Türk** der Realität entsprechen. Im Folgenden sollen einige Ergebnisse der Umfrage kurz skizziert werden.

Im ersten Fragekomplex werden Aussagen zur Definitionen von Staatsbürgerschaft und die Bindung des Bürgers zum Staat untersucht:

82% der Befragten gaben als wichtigstes Kriterium für die türkische Staatsbürgerschaft die „Liebe zur Türkei“ an. 63% hielten es für wichtig, dass man sich als Türke im Sinne der Zugehörigkeit zum türkischen Staat bekenne. Für 54% war der muslimische Glaube vorrangiges Kriterium und nur 45,6% setzten die ethnische Zugehörigkeit zum Türkentum mit der türkischen Staatsbürgerschaft gleich. Die Antworten auf diese Fragen wurden dann in ethnische, geschlechtsspezifische und andere Rubriken unterteilt. 66,5% aller Befragten bejahten die Förderung ethnischer Gruppen durch den Staat und 76,45% die staatliche Förderung religiöser Gruppen.

Der zweite wichtige Aspekt behandelte die Bevölkerungsstruktur und das Einkommens- bzw. Bildungsniveau. Trotz umfangreicher Bildungskampagnen und der Bekämpfung des Analphabetentums haben immer noch ca. 12,5% der Befragten keinen Schulabschluss. 52,3% der Gesamtbevölkerung hat einen Grundschulabschluss und nur 2,85% besitzen eine Berufsausbildung. Bei den Frauen nimmt das Bildungsniveau mit steigendem Alter rapide ab. Während bei den Frauen, die älter als 44 Jahre sind, fast 42 % nur einen Grundschulabschluss vorweisen können, liegt dieser Prozentsatz bei den 29-43 jährigen bei ca. 14% und in der Gruppe der 18-28-jährigen bei 6,4%. 16% der Befragten geben ihr monatliches Haushalteinkommen mit weniger als 300 YTL (ca. 163 Euro) an. 44% der Haushalte erhielten monatlich Gesamteinnahmen von 300-700 YTL (bis 380 Euro), 27% von 700-1.200 YTL (bis 650 Euro) und 11% von 1.200-3.000 YTL (bis 1.620 Euro). 2% der Haushalte in der Türkei könnten auf Einnahmen von 3.000 YTL und mehr verweisen. Dies bedeutet, dass 87% der türkischen Haushalte unterhalb des mittleren Einkommensniveaus liegen. 61% der Menschen lebten in 3-5-köpfigen Haushalten und die Zahl der Familienmitglieder steigt im Osten und Südosten deutlich an. Auf die Frage nach der Heimat gaben fast 60% der Befragten den Ort der Geburt an und nicht den Ort, an dem sie leben. Nur 28% der befragten Istanbuler sind auch in Istanbul geboren.

99% der Türken sind Muslime, lautet eine sehr oft gebrauchte Formel, doch diese spiegelt nicht alle Realitäten und Nuancen wieder. 82% der Befragten bezeichneten sich als Sunniten hanefitischer Rechtsschule und 5,73% als Aleviten, was hochgerechnet ca. 3,6 Mio. Menschen entsprechen würde. Diese Zahl wurde allerdings von Vertretern alewitischer Organisationen entschieden angezweifelt. Die Autoren der Untersuchung räumen ein, dass aus verschiedenen Gründen die Fragen nach der kulturellen und religiösen Identität nicht unbedingt von allen ehrlich beantwortet worden sein könnten. 61,2% der Aleviten bezeichneten sich als ethnische Türken und 22% als Kurden. Über ein Drittel der Aleviten lebt mittlerweile in Istanbul und ein Viertel in Zentralanatolien.

Bei der Frage nach der ethnischen Zugehörigkeit bezeichneten sich 76% der Befragten als Türken, was hochgerechnet bei einer aktuellen Bevölkerung von 73 Mio. 55 Mio.



Menschen entspräche. 15,7% der Menschen bezeichneten sich als Kurden, was hochgerechnet einer Zahl von 11,5 Mio. Menschen gleich käme. Nach Ansicht der Autoren würden diese Zahlen der Realität nahe kommen, da nur 2-3% aller Befragten sich weigerten, Fragen zur ethnischen Zugehörigkeit zu beantworten. Bei der Frage nach der Muttersprache geben 85% der befragten Erwachsenen Türkisch an (ca. 12% Kurdisch, 1,4% Arabisch, 1% Zaza, 0,07% Armenisch, 0,01% Hebräisch, 0,06 % Griechisch u.a.).

Bei den Fragen nach politischen Parteien fällt auf, dass sich unter den Sympathisanten der AKP mit 48 % ein sehr hoher Frauenanteil findet (CHP 45% und MHP 27%). Eines der wichtigsten Ergebnisse dieser Untersuchung war für die Autoren, dass die Menschen in der Türkei mittlerweile über alle Themen sehr konträr diskutierten und es fast keine Tabus mehr gebe.

Info-Mail

Am 29.03.2007 hat die EU beschlossen, mit dem Titel „Unternehmen und Industrie“ **das zweite von 35 Kapiteln im Rahmen der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu eröffnen**. Im vergangenen Juni war bereits das Kapitel „Wissenschaft und Forschung“ geöffnet und zugleich abgeschlossen worden. Aus EU-Kreisen heißt es, dass bis zum Ende der deutschen Ratspräsidentschaft im Juni noch zwei bis drei weitere Kapitel eröffnet werden könnten. +++ Das Istanbuler Muftiamt hat eine Umfrage unter Imamen veröffentlicht. Darin beschwerten sich viele Imame, dass sie von den jeweiligen Moscheevereinen dazu gedrängt würden, jeden Freitag nach dem Freitagsgebet die Gemeinde um eine Kollekte bitten zu müssen. Das Präsidium für Religiöse Angelegenheiten (Diyanet) hat ein Verdikt erlassen, in dem monatlich zweimal die Gemeinde zur Spendensammlung aufgefordert werden darf. Der Vorsitzende der Gewerkschaft türkischer Stiftungsmitarbeiter und Religionsbediensteter (**Türkiye Diyanet ve Vakıf Görevlileri Sendikası**) **Ahmet Yıldız** wirft dem Diyanet vor, die Imame im Regen stehen zu lassen und viele Imame würden ihrem Beruf aus diesem Grund sehr distanziert gegenüber stehen. In der Türkei werden die Moscheen mit Spenden der Gläubigen gebaut. Der türkische Staat finanziert lediglich den Imam und weiteres Moscheepersonal, die Staatsbeamte sind. Die Kommunen liefern nach wie vor Strom und Wasser unentgeltlich. Alleine in Istanbul existieren bezüglich der religiösen Dienstleistungen 1.700 Vereine und Stiftungen, die stellenweise auch nach dem Bau der Moscheen weiter Geld sammeln für die Instandsetzung und Renovierung. +++ Das Meinungsforschungsinstitut A&G hat eine repräsentative Umfrage zum Nationalismus in 31 Provinzen unter ca. 2.400 Personen durchgeführt. Über 50% der Befragten glauben an eine merkliche Zunahme des Nationalismus und nationalistischer Gefühle. Fast 82% der Befragten bezeichnen den Slogan nach der Ermordung des türkisch-armenischen Journalisten **Hrant Dink** „*Wir sind alle Hrants, wir sind alle Armenier*“ als falsch. Bei der Frage nach den Parteien und den Politikern, die am ehesten für nationalistische Ideen einträten, steht an erster Stelle mit 21,6% **Tayyip Erdoğan** und die AKP. Die nationalistische Bewegungspartei **MHP** und ihr Parteivorsitzender **Devlet Bahçeli** mit 17,3% der Befragten erst an zweiter Stelle. Aufschlussreich, dass der Populist **Cem Uzan** mit seiner Jugendpartei (**Genç Partisi**) mit 1,2% der Stimmen abgeschlagen erst an siebter Stelle geführt wird.

Ankara, den 11. April 2007

Jan Senkyr / Dirk Tröndle